

**Schlusswort des neu gewählten Präsidenten
des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly
bei der Hauptversammlung am 25. April 2013 in Frankfurt am Main**

Ich will das Schlusswort nicht überstrapazieren und schließe mich, was die inhaltlichen Fragen angeht, den Worten meines Vorgängers an. Er hat gestern in seiner Bilanz schon aufgezeigt, was alles auf uns zukommt. Personalwechsel im Deutschen Städtetag ist kein Politikwechsel, sondern zunächst tatsächlich nur ein Personalwechsel. Mich hat ein Journalist gefragt im Vorfeld, ob das jetzt bedeutet, dass mit anderer Stimmlage gejammert wird, wenn statt Ude und Roth, jetzt Maly und Lohse dran sind. Das hat mich auch wieder daran erinnert, dass wir aufpassen müssen, auch intern, insbesondere wenn es um die Finanzfragen geht, dass wir nicht wahrgenommen werden als die, die immer nur jammern. Gelegentlich entsteht in der Öffentlichkeit der Eindruck, es gehe um einen Contest, und wer am meisten Cent aus einem Steuereuro rausholt, hat gewonnen. Und manchmal ist in diesem Kampf von uns vielleicht der Begründungszusammenhang ein bisschen zu kurz gekommen: Wofür wollen wir eigentlich das Geld, warum kämpfen wir darum?

Das Thema, das ich vorhin gegenüber Europa eingebracht habe, nämlich der Respekt gegenüber der kommunalen Ebene, ist letztlich der, den wir alle gemeinsam beleben müssen. Das bedeutet, Respekt Europas gegenüber einer wunderbaren Tradition der kommunalen Wasserversorgung. Respekt des Bundes gegenüber einer dynamischen Gewerbesteuer, die wir brauchen. Und Respekt der Länder gegenüber der Fähigkeit, dass in den Rathäusern Probleme gelöst werden können. Mich ärgert immer noch, und es wird kein Ende nehmen, dass in einer Amtsstube, in einem Ministerium in München einer hockt, der die Verkehrsflächen der Schulen nachmisst, die wir bauen oder der nachschaut, ob wir Kindergärten mit Fenster versehen. Es gibt in Deutschland keine fensterlosen Kindergärten. Trotzdem wird es kontrolliert. Es ist nicht notwendig, Bürokratie und neue Regelungen einzuführen, damit die Welt ihre Ordnung hat. Sondern das ist am Ende das Ergebnis von mangelndem Respekt gegenüber der kommunalen Ebene.

Vielleicht sollten wir an bestimmten Stellen alle zusammen immer wieder daran erinnern, dass die Städte in Europa die Wiege der Demokratie sind, dass wir die Orte sind, wo die ökonomische Entwicklung stattfindet. Dass Städte und Gemeinden die Plätze sind, wo die Entscheidung getroffen wird, ist das eine Gesellschaft, die inkludiert oder eine die ausgrenzt. Ist es eine Gesellschaft, die aufnahmefähig und die modern ist. Die Städte sind der Ort, wo sich kulturelle Entwicklungen, wie durch Brenngläser gebündelt, zeigen, wo die Gesellschaft immer wieder aufs Neue entsteht und ihren Fortschritt zeigt. Ich glaube, wir können mit einigem Selbstbewusstsein auch den anderen staatlichen Ebenen in diesen Diskussionen gegenüber treten und sollten nicht den Eindruck erwecken, wir würden nur jammern um den nächsten Cent vom Steuereuro. Sondern wir sollten dieses Selbstbewusstsein auch zeigen, denn wir sind die Basis der Demokratie und das Fundament des staatlichen Aufbaus.

Was liegt nun vor uns? Es gibt ein paar Angelegenheiten, über die wir werden reden müssen in den nächsten zwei, vier, sechs Jahren. Da sind zunächst natürlich, wie immer beim Deutschen Städtetag, die Geldangelegenheiten. Das sind die Dinge, die Christian Ude schon ausgeführt hat, das brauche ich nicht noch einmal zu tun. Wir wissen, wir können davon ausgehen, wir dürfen uns leider praktisch fast sicher sein, dass die nächsten Ideen zur Ablösung der Gewerbesteuer auch wieder kommen, so wie der Springteufel aus der Kiste, und dass wir dann gewappnet sein müssen. Das ist ein bisschen wie im Film „Und ewig grüßt das Murmeltier“, wo man jeden Morgen die gleiche Weckszene erleben muss – so ist es bei uns mit der Gewerbesteuer.

Wir brauchen ein neues Modell für die Grundsteuer. Die Bundesländer schieben es zwischen sich hin und her. Auch bei uns waren sich die Ausschüsse nicht immer ganz einig, was wir wollen. Da müssen wir eine Lösung finden und sprachfähig werden.

Und wir müssen in den großen Finanzbeziehungsfragen mitdiskutieren: Länderfinanzausgleich, Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz, Solidarpaktdiskussion, Schuldenbremse und Europäischer Fis-

kalpakt. Das kann und wird nicht spurlos an der gemeindlichen Ebene vorübergehen, und da müssen wir uns unsere eigenen Strategien zurechtlegen.

Wir müssen manchen Unsinn thematisieren, wie das Kooperationsverbot im Grundgesetz. Ich persönlich habe es schon immer für Unsinn gehalten, dass man sich gesetzlich die Kooperation verbietet. In einem kooperativen Föderalismus, den wir immer noch leben, ist die Kooperation eigentlich Pflicht und Kür und nicht etwas, das man sich verbietet. Und bei großen und wichtigen gesellschaftspolitischen Problemstellungen, nehmen wir die Kinderarmut, nehmen wir die Arbeitslosigkeit, ist es auch richtig und wichtig, dass alle drei staatlichen Ebenen zusammenarbeiten. Und dann ist es auch klar, wenn die zusammenarbeiten, dass es auch gemeinsame Finanzbeziehungen gibt und dann müssen diese Finanzbeziehungen im Grundgesetz vernünftig geregelt sein. Im Idealfall mit einem Konnexitätsversprechen, auch zwischen Bund und Kommunen.

Zweitens sind es die Rechtsangelegenheiten. Wir haben das Thema kooperativer Föderalismus. Wir haben das Thema Schuldenbremse und die Wirkung der Schuldenbremse. Wir haben den Fiskalpakt, wo wir, wenn wir ehrlich sind, noch nicht wirklich wissen, in welcher Form das auf die gemeinschaftlichen Finanzierungssysteme am Ende durchschlagen wird und wo wir gefordert sein werden. Bis zur Bundestagswahl wird keiner so gern über die Wirkungen des Europäischen Fiskalpakts öffentlich diskutieren, aber hinterher müssen wir dann sicher gemeinsam darüber zu reden.

Drittens, unsere Herzensangelegenheit ist die kommunale Daseinvorsorge. Das wurde eben ausführlich diskutiert. Wir müssen sehen, dass es heute eine nicht unbeträchtliche Welle zur Rekommunalisierung gibt, dass es Chancen gibt, Privatisierungen aus den letzten Jahrzehnten die in manchen Kommunen bereut werden, zurückzuholen. Und dass diese Chance der Rekommunalisierung mitsamt der bestehenden Struktur der Stadtwerke genutzt werden kann und muss. Wir sind gefordert, ein großes Netzwerk von Stadtwerken, die ihre gemeinsamen Interessen verbinden, zu knüpfen. Die Kooperation sollte hier noch stärker in den Mittelpunkt gestellt werden, um in der Energiewende, aber auch für das Ziel einer bezahlbaren und sicheren Energieversorgung, unseren kommunalen Einfluss umsetzen zu können. Die Wohnungspolitik ist ein Thema, was im Moment ganz oben auf der Agenda steht genauso wie das Wasser und die Stadtwerke.

Demokratieangelegenheiten stehen auf der Agenda. Wir sagen, wir seien die Wiege der Demokratie, die alte griechische Stadt mit dieser ersten und ursprünglichen Form der Selbstorganisation. Wir sind auf kommunaler Ebene aber auch Laboratorium für die Weiterentwicklung der Demokratie. Es darf uns nicht ruhen lassen, wenn wir mit 30 Prozent Wahlbeteiligung konfrontiert werden. Wir müssen uns überlegen, wie wir trotz einem fröhlichen Bekenntnis zur repräsentativen Demokratie diesen Dreiklang Information, Kommunikation, Partizipation in unserer Alltagspolitik noch stärker zum Klingen bringen, damit wir Politik, ja, wieder sexy machen können für die Menschen. Und zwar nicht nur die kommunale Politik, sondern genauso auch die der europäischen Ebene. Da wird es Versuche geben und Irrtümer. Da wird es auch Grenzen geben. Vielleicht war Stuttgart 21 so etwas wie die Grenze von öffentlicher Kommunikation. Viele haben darüber geschrieben, noch mehr haben darüber nachgedacht. Aber es hilft uns nicht allein, dass wir Wiege der Demokratie sind, wir müssen auch Laboratorium der Demokratie zu ihrer Weiterentwicklung werden. Herr Dr. Articus hat gestern in seiner Rede auch darüber gesprochen. Das heißt nicht, dass man jeder Mode hinterherläuft. Das heißt auch für mich immer, dass man sich fröhlich zur repräsentativen Demokratie bekennt und auch zum Ehrenamt.

Die Besonderheit der kommunalen Ebene ist das Ehrenamt. Wir als Oberbürgermeister sind die besoldeten Profis. Aber die Besonderheit, der Reiz, ist das Ehrenamt, der unmittelbare Bezug unserer ehrenamtlichen Ratsmitglieder zu ihrer eigenen Umwelt. Das ist die direkteste Form von Demokratie. Denn wer als Ratsmitglied aus dem Stadtrat kommt und beim nächsten Stammtisch konfrontiert wird

mit seinen eigenen Beschlüssen, der muss selbst den Kopf hinhalten für die Entscheidungen. Und deshalb müssen wir das Ehrenamt hochhalten. Und deshalb gilt mein Dank heute auch den unzähligen ehrenamtlichen Ratsmitgliedern, ohne die unsere Arbeit als Bürgermeister völlig undenkbar wäre.

Lokale Demokratie, unsere Demokratie, kann auch Projektionsfläche für Identität und Identifikation sein. Wenn jemand zu uns kommt, wenn jemand neu in unserer Stadt ist, dann wird er von der Bundesrepublik Deutschland irgendwann gefragt: Willst du einen deutschen Pass? Dann muss er sich an bestimmten Stellen auch entscheiden, ob er dafür seinen alten Pass aufgibt. Wenn er nach Nürnberg kommt, dann kriegt er gesagt, du bist Nürnberger, türkischer Nürnberger, russischer Nürnberger, Nürnberger Türke, Nürnberger Russe. Die Reihenfolge ist mir egal. Diese erste Identifikationsmöglichkeit für Zugewanderte ebenso wie für die Menschen, die seit Generationen bei uns wohnen, ist die Stadt. Das ist die Besonderheit der lokalen Demokratie. Sie ist Projektionsfläche für die Sehnsucht nach bleibenden Werten. Und das ist die kommunale Ebene als allererste Ebene, weil wir die staatliche Ebene sind, die die Menschen mit vielen Leistungen versorgt. Von der Wiege sprichwörtlich bis zur Bahre sind es in der Regel die kommunalen Leistungen, die die Menschen als staatliches Handeln wahrnehmen.

Heimat ist vielleicht ein verstaubter und diskreditierter Begriff. Mir gefällt er. Heimat ist, hat Ernst Bloch gesagt, das, was uns allen in die Kindheit scheint und wo doch noch niemand war. Also nichts Fassbares, auch nicht unbedingt und in jeden Fall ein geografischer Ort, vielleicht ein sozialer oder soziologischer Ort, ein kultureller Ort. Das ist Heimat für uns alle, die tragen wir in uns. Und wo, wenn nicht auf der kommunalen Ebene, kann sich dieser Begriff von Heimat manifestieren? Er tut es an uns. Und das ist mein Fazit: Wir auf der kommunalen Ebene, wir sind Heimat, wir produzieren Tag für Tag Lebensqualität und wir leben Demokratie. Gibt es etwas Schöneres? Ich glaube nicht. In diesem Sinne wünsche ich Euch allen einen guten Nachhauseweg. Wir bedanken uns noch mal ganz herzlich bei der Stadt Frankfurt, bei Peter Feldmann. Wir brauchen die Einigkeit, die uns stark macht.